

SEEMIG-Länderbericht: Historische Entwicklung der internationalen Migration in Österreich, 1950-2013

Kurzfassung in deutscher Sprache¹

Vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland

Seit den 1960er Jahren stellt die Zuwanderung ein wesentliches Element der demographischen Entwicklung Österreichs dar. Was ursprünglich als Rotation temporärer Aufenthalte für „ArbeitsmigrantInnen“ angedacht war, entwickelte sich im Lauf der Zeit de-facto zur dauerhaften Komponente der Bevölkerungsentwicklung. Die Bevölkerungszahl Österreichs wuchs von 1961 bis 2012 durch Zuwanderung um knapp 914.400 Personen an (Statistik Austria 2013). Ein Großteil davon entfiel auf die Zuwanderung ausländischer StaatsbürgerInnen: verzeichnete Österreich ein negatives Wanderungssaldo von 311,500 ÖsterreicherInnen, belief sich der Wanderungsgewinn ausländischer Staatsangehörigen in derselben Periode auf 1,225 Millionen Personen. Somit hatten am 1.Jänner 2013 mehr als eine Millionen ausländische StaatsbürgerInnen (1.004.268), 11,9 Prozent der Gesamtbevölkerung, ihren Wohnsitz in Österreich. Zieht man das Kriterium „Migrationshintergrund“ in Betracht, waren dies im Durchschnitt des Jahres 2012 insgesamt 1,579 Millionen Menschen (18,9 %), d.h. Personen die selbst oder deren Eltern im Ausland geboren waren.

Wandel der Wahrnehmung und Politik

Die Entwicklung zum Einwanderungsland erfolgte teilweise unfreiwillig und blieb von der öffentlichen und politischen Aufmerksamkeit weitgehend unbemerkt. Bis in die 1990er Jahre wurde die Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger vor allem als temporärer Aufenthalt von Gastarbeitern betrachtet. Migrationspolitik war integraler Bestandteil der Arbeitsmarktpolitik und Zuwanderung als solches über den Zugang zum Arbeitsmarkt geregelt. Der Fokus auf den Schutz österreichischer StaatsbürgerInnen führte zum Aufbau eines relativ restriktiven rechtlichen Regelwerks und einem Fehlen an Integrationsmaßnahmen. Mit Beitritt zur Europäischen Union (1995) wurde Österreich Teil des Raums der inner-europäischen Personenfreizügigkeit, die allen EU-BürgerInnen ermöglicht, in anderen EU-Ländern zu leben und zu arbeiten. Seit den frühen 2000er Jahren wurde zudem die Steuerung und das Management internationaler Zuwanderung aus Drittstaaten nach Österreich im Rahmen einer differenzierten Rechtsordnung zu einem zentralen Thema. Zuzüge werden konzeptionell hinsichtlich ihres Aufenthaltszwecks unterschieden: während

Infobox: Das SEEMIG² Projekt im Kontext des Arbeitspaket 3 – Historische Entwicklung von Migration

SEEMIG ist ein strategisches Projekt, das im Rahmen des transnationalen Kooperationsprogramms SOUTH-EAST EUROPE 2007-2013 umgesetzt wird. SEEMIG beleuchtet längerfristige, transnationale Prozesse in den Bereichen Migration, Demographie, Humankapital und Arbeitsmarkt in Südosteuropa, sowie damit verknüpfte wirtschaftliche und arbeitsmarktbezogene Effekte. Kernziel ist es, verfügbare Daten gemeinsam zu analysieren und zu ergänzen, um eine verbesserte Wissensgrundlage für Politikgestaltung auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen zu schaffen.

Im Rahmen des Arbeitspakets 3 wurde im November letzten Jahres der österreichische Länderbericht „Dynamic Historical Analysis of Longer-term Migratory, Labour Market and Human Capital Processes in Austria“ vom Institut für Geographie und Regionalforschung fertig gestellt. Der Bericht beleuchtet internationale Migrationsentwicklungen in Österreich während der letzten 60 Jahre. Während der Fokus dieser längerfristigen Analyse auf nationalstaatlicher Ebene liegt, wurden für den Zeitraum 2002-2012 auch Entwicklungen auf regionaler Ebene berücksichtigt. Der Länderbericht und sieben weitere Länderberichte der SEEMIG Partnerländer³ fließen in einen Synthesebericht ein, der im Frühjahr 2014 erscheinen wird.

¹ Für den gesamten Bericht in englischer Sprache siehe: <http://raumforschung.univie.ac.at/forschungsprojekte/seemig/>

(Die hier veröffentlichten Informationen spiegeln die Ansichten der AutorInnen wider, die Programmstellen können für Inhalte und deren Verwendung nicht haftbar gemacht werden.)

² www.seemig.eu

³ Bulgarien, Italien, Österreich, Rumänien, Serbien, Slowenien, Slowakei und Ungarn.

zum einem Rechtsvorschriften und Maßnahmen hinsichtlich irregulärer Zuwanderung sehr restriktiv sind, zeigt die Einführung eines punktebasierten Zuwanderungssystems für (hoch-) qualifizierte Drittstaatsangehörige, die sogenannte *Rot-Weiß-Rot-Karte*, zum anderen eine bestimmte Akzeptanz und auch die Notwendigkeit einer Arbeitsmigration aus Drittstaaten.

Struktur und Geographie aktueller Wanderungen

Im Jahr 2012 stiegen die Wanderungsgewinne in Österreich erneut an: aktuelle Zahlen der Statistik Austria verzeichnen eine Anzahl von 140.358 Zuzügen aus dem Ausland und 96.561 Wegzügen in das Ausland. Dies ergab für 2012 einen internationalen Wanderungssaldo von +43.797 Personen. Damit erhöhten sich die Wanderungsgewinne gegenüber dem Vorjahr um mehr als 40%. Dem langjährigen Trend entsprechend war der Wanderungssaldo bei Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft mit -7.414 auch im Jahr 2012 negativ. Die Nettomigration der nicht-österreichischen Staatsangehörigen belief sich hingegen auf +51.211 Personen und war somit deutlich höher als 2011 (+37.109 Personen). Die Mehrheit der Nettomigration (+31.518 Personen; 62%) bei den nicht-österreichischen Staatsangehörigen entfiel in 2012 auf EU-BürgerInnen. Rund zwei Drittel (67%) davon stammten aus Staaten, welche der Union 2004 oder 2007 beitraten. Die größte Gruppe stellten ungarische Staatsangehörige– deren Wanderungssaldo sich von 2011 auf 2012 um rund zwei Drittel erhöhte. Den zweitgrößten Wanderungsgewinn aller EU-Staaten wurde aus Deutschland verzeichnet, gefolgt von Rumänien. Der Wanderungssaldo mit Nicht-EU-Staaten lag 2012 bei +19.693 Personen; rund 45% davon entfielen auf den europäischen Nicht-EU-Raum. Die größten Gruppen darunter stellten Staatsangehörige aus Russland, Serbien sowie Bosnien und Herzegowina. Mit rund 44% des Wanderungssaldos (+19.121 Personen) war Wien weiterhin das wichtigste Ziel der internationalen Zuwanderung nach Österreich. Innerhalb der Bundesländer konzentrierte sich die internationale Zuwanderung vor allem auf die Landeshauptstädte und ihre Umländer sowie auf touristisch geprägte Regionen.

Immigranten und der Arbeitsmarkt

Die Einbindung ausländischer StaatsbürgerInnen in den Arbeitsmarkt und in das Bildungssystem gelten als Haupttriebfedern einer gelungenen Integration. Dennoch ist weiterhin manifest, dass es für ImmigrantInnen und deren Nachkommen mühevoll ist, auf dem österreichischen Arbeitsmarkt tatsächlich Fuß zu fassen. Zumeist betreffen Rationalisierungsmaßnahmen in einem ersten Schritt nach wie vor ausländische Arbeitskräfte, die ohnedies größere Probleme aufweisen, wieder in den Arbeitsmarkt (re-)integriert zu werden. Diese Verallgemeinerung trifft natürlich nicht auf alle Personen zu. Hauptsächlich sind davon MigrantInnen mit geringer formaler Bildung betroffen. Zudem sind signifikante Konzentrationen von Personen ausländischer Herkunft in wirtschaftlichen Sektoren, die größeren strukturellen Veränderungen und saisonalen Schwankungen ausgesetzt sind, gegeben. Dies hat auf Beschäftigungsmöglichkeiten von Personen mit Migrationshintergrund klare Auswirkungen. Wie auch Unternehmen in fast allen postindustriellen Ländern leiden auch die österreichischen Firmen unter zunehmendem Fachkräftemangel. Sie befinden sich somit in einer globalen Wettbewerbssituation um hochqualifizierte Arbeitskräfte, was sich anhand räumlich differenzierter *Brain Drain* Effekte beobachten lässt. In Österreich repräsentiert die *Rot-Weiß-Rot-Karte* das derzeit wichtigste Instrument zur Anwerbung hochgebildeter Drittstaatsangehörige, um bestehenden Lücken am Arbeitsmarkt zu füllen. Aufgrund voranschreitender demographischer Alterung, mangelnder räumlichen Mobilität und gegebener Qualifikationsungleichgewichte wird sich diese Wettbewerbssituation in naher Zukunft auch weiterhin zuspitzen. Das betrifft Regionen ebenso wie Betriebe selbst. Zwei Fragen sind in diesem Kontext entscheidend: Welche Anreize sind denkbar, um für hochqualifizierte ZuwandererInnen aus Drittstaaten und anderen EU-Mitgliedsstaaten zu interessant zu sein? Wie müssen Rahmenbedingungen adaptiert werden, um hochgebildete österreichischen StaatsbürgerInnen halten zu können? Österreich hat sichtlich Schwierigkeiten in der dauerhaften Anwerbung hochqualifizierter ZuwandererInnen – in diesem Zusammenhang spielen die selektive Anerkennung von im Ausland erworbener Qualifikationen eine wesentlicher Rolle, ebenso wie Aufstiegsmöglichkeiten, die sich an fortgeschrittenem Dienstalter orientieren, und ausgeprägte Insider-Outsider-Segmentierung des Arbeitsmarktes.

Ausblick – Migration als Hauptfaktor der Bevölkerungsentwicklung

Den Ergebnissen der Hauptvariante der aktuellen Bevölkerungsprognose 2013 von Statistik Austria zufolge wird die Bevölkerung Österreichs auch in Zukunft weiterhin wachsen: von derzeit 8,43 Mio. (2012) auf 8,99 Mio. im Jahr 2030 (+7%). Eine wesentliche demographische Komponente wird in diesem Zusammenhang weiterhin die Zuwanderung darstellen. Der Prognose folgend wird die Zahl und Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung in Österreich weiter steigen. Bis 2030 wird demzufolge ihre Zahl auf 1,76 Mio. (+31%) wachsen. Der Anteil der im Ausland geborenen Menschen wird somit bis 2030 österreichweit auf 20% ansteigen. Das unterstreicht abermals die zentrale Bedeutung der Zuwanderung als treibende Kraft der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung. Während bereits in Vergangenheit die verstärkte Zuwanderung der letzten Jahre die steigende Arbeitskräftenachfrage, welche durch den Pensionseintritt geburtenstarker Jahrgänge ab den 1950 Jahren verschärft wurde, absorbieren konnte, prognostizieren auch derzeitige demographische Prognosen einen Nachfragezuwachs an ausländischen Arbeitskräften. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das Einwanderungsland Österreich, welches bereits seit Jahrzehnten auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen ist, um die bestehenden Engpässe zu füllen, auch in Zukunft auf Zuwanderung angewiesen sein wird, um seinen Arbeitskräftebedarf zu decken.

Weitere Informationen:

Projekt SEEMIG

Institut für Geographie und Regionalforschung

Universität Wien, Universitätsstrasse 7/4/C402A (NIG), A-1010 Wien

Tel.: +43-1-4277-48688

Mail: seemig.geographie@univie.ac.at

Web: <http://raumforschung.univie.ac.at>

Web: <http://www.seemig.eu>